

Beschluss

Kohleausstieg 2030 - auch im Lausitzer Revier!

Gremium: Landesmitgliederversammlung

Beschlussdatum: 29.04.2023

Tagesordnungspunkt: 6. V-Anträge

1 Mit Lützerath fiel die symbolische 1,5 Grad-Grenze. Die Klimabewegung kämpfte
2 bis zum Schluss um den Erhalt der letzten Höfe am Rand von Garzweiler II. Was
3 blieb war ein fragwürdiger Kohle-Kompromiss, der den Kohleausstieg in NRW auf
4 2030 vorziehen und mehrere Dörfer vor dem vermeintlichen Abriss retten konnte.
5 Gleichzeitig ebnete er jedoch auch den Weg für die Förderung und Verbrennung von
6 weiteren 110 Millionen Tonnen Kohle, die nach Untersuchungen der Aurora Energy
7 Research und CoalExit Research Group für eine gelingende Energiewende nicht
8 benötigt werden.

9 Auch nach Lützerath bleibt der Kampf gegen jedes Zehntel-Grad Erderhitzung
10 immens wichtig. Im Mitteldeutschen sowie im Lausitzer Revier ist ein vorzeitiger
11 Ausstieg aus der Kohle derzeit nicht absehbar. Insbesondere in der
12 strukturschwachen Lausitz leben immer noch viele Menschen von der Kohle.
13 Gleichwohl widersprechen wir dem Narrativ, dass diese gut qualifizierten
14 Arbeiter*innen keine hochwertigen beruflichen Alternativen hätten.

15 Die durch den Bund bewilligten Gelder für den Lausitzer Strukturwandel richten
16 sich an dem Ausstiegsszenario bis zum Jahr 2038 aus. Eine Beschleunigung dieses
17 Strukturwandelprozesses ist nicht nur mit bürokratischen Hürden verbunden; ihr
18 stehen auch Zweifel und Unmut von großen Teilen der lokalen Bevölkerung
19 entgegen, die historisch und wirtschaftlich mit den fossilen Rohstoffen in der
20 Region gewachsen ist. Dies liegt unter anderem daran, dass im
21 Beteiligungsprozess zur Vergabe der Mittel die Bevölkerung der hauptsächlich
22 betroffenen Kommunen nicht oder nur sehr unzureichend beteiligt wurden. Wir
23 fordern daher, dass im Rahmen der notwendigen Gesetzesänderungen auch
24 demokratische und transparente Beeiligungsprozesse verpflichtend etabliert
25 werden.

26 Ausgerechnet im Lausitzer Revier befindet sich das letzte Dorf, welches der
27 Kohle in Deutschland weichen soll. Ein breites Bündnis der Klimabewegung setzt
28 sich seit Jahren für den Erhalt der sorbischen Ortschaft *Mitoraz* / Mühlrose und
29 umliegender Natur ein. Von dem beschaulichen Dorf, das zu DDR-Zeiten bis zu 700
30 Einwohner:innen zählte, sind inzwischen nur noch wenige Häuser übrig. Bereits
31 2019 unterzeichnete der damalige Bürgermeister der Gemeinde im Beisein des
32 Vorstandsvorsitzenden der LEAG und des sächsischen Ministerpräsidenten Michael
33 Kretschmer einen Umsiedlungsvertrag, welcher die Umquartierung der Bevölkerung
34 von *Mitoraz* / *Mühlrose* festschreibt. Die überwiegende Mehrheit der
35 Dorfgemeinschaft begrüßte diesen Schritt, der für sie auch mit
36 Planungssicherheit und der Bereitstellung eines neuen Wohnortes in der modernen
37 und eigens zu diesem Zweck errichteten Neubausiedlung Neu-Schleife einherging.

38 Abseits des Umsiedlungsvertrages verfügt die LEAG seither über keinerlei
39 rechtliche Grundlagen, die betreffende Fläche um *Mitoraz* / Mühlrose herum

40 bergbaulich zu nutzen. Der Energiekonzern spekuliert auf die Nutzung des
41 ehemaligen Dorfgebietes, stellt auch die Errichtung eines Solar- oder Windparks
42 in Aussicht. Dafür weichen das Dorf, seine Bewohner:innen und Teile der ohnehin
43 bedrohten sorbischen Kultur. Einige wenige Anwohner:innen wehren sich bis heute
44 vehement gegen die Umsiedlung und solidarisieren sich mit der Klimabewegung,
45 sehen sich vor Ort jedoch als marginalisierte Minderheit.

46 Als Grüne Jugend agieren wir in einem Spannungsfeld zwischen dem Wunsch nach dem
47 guten Leben für alle und harten sächsischen Realitäten. Der Kohleausstieg muss
48 frühstmöglich bewältigt und dabei sozial gerecht gestaltet werden. Regionen
49 dürfen nicht hinten runterfallen. Unterschiedliche Meinungen und Perspektiven
50 verdienen im Streit um eine lebenswerte Zukunft gleichermaßen Gehör und müssen
51 friedlich nebeneinander existieren können. Diesen Maßstab setzen wir in den
52 folgenden Positionierungen und Forderungen an.

53 1. Die Grüne Jugend Sachsen erachtet den bundesweiten Kohleausstieg 2030 als
54 notwendige Maßnahme zur Einhaltung der deutschen und internationalen
55 Klimaziele. Dieser muss an eine Restfördermenge von nicht mehr als 205
56 Millionen Tonnen Braunkohle gekoppelt sein, mit der Deutschland seine
57 völkerrechtliche Verpflichtung - die Einhaltung eines deutschen
58 Emissionsbudgets gemäß des Pariser Klimaabkommens - erfüllen kann. Die
59 Auslastung der Kohlekraftwerke muss ab sofort jährlich um 25% gedrosselt
60 werden. Der schnelle Umstieg auf erneuerbare Energien ist unabdingbar für
61 den Erhalt intakter Klimasysteme und somit unserer Lebensgrundlagen.

62 2. Wir rufen das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr,
63 vertreten durch den Staatsminister Martin Dulig, dazu auf, der Nutzung des
64 Sonderfeldes Mühlrose zum Zweck der Braunkohleförderung durch die LEAG
65 nicht stattzugeben. Die gestiegenen Emissionen des Energiesektors im Jahr
66 2022 sowie die Studienlage zur Versorgungssicherheit sprechen klar gegen
67 die Erschließung weiterer Fördergebiete, welche das Erreichen der
68 Klimaziele gefährdet.

69 3. Wir appellieren an den Sächsischen Landesverband von Bündnis90/Die Grünen
70 als Koalitionspartei der Sächsischen Landesregierung und die Mitglieder
71 der BÜNDNISGRÜNEN-Fraktion, im Austausch mit dem Bundesministerium für
72 Wirtschaft und Klimaschutz, der LEAG und den Menschen in der Lausitz
73 Perspektiven für einen vorgezogenen Kohleausstieg in Sachsen zu
74 entwickeln.

75 4. Der Strukturwandel im Lausitzer Revier ist eine länderübergreifende
76 Aufgabe. Regionale Programme, die einen Ausstiegspfad bis zum Jahr 2038
77 fokussieren, bedürfen einer grundsätzlichen Erneuerung. Strukturhilfen
78 müssen der Bevölkerung vor Ort zu Gute kommen und nachhaltig Arbeitsplätze
79 und Lebensqualität sichern. Genauso müssen die Menschen in der Region in
80 Entscheidungen über die Vergabe von Geldern miteinbezogen werden.

81 5. Die in *Mitoraz/* Mühlrose verbliebenen Menschen sind Bedrohungen, Hass und
82 Einschüchterung ausgesetzt. Es ist Aufgabe der Polizei, die Sicherheit der
83 Anwohner:innen und ein friedliches Leben vor Ort zu gewährleisten. Genauso
84 muss die Polizei das Recht auf Versammlung im öffentlichen Raum wahren.
85 Gewalt gegen Klimaaktivisti seitens rechtsextremer Akteure sowie
86 Repressionen seitens der Polizei sind nicht akzeptabel und müssen
87 schnellstmöglich aufgeklärt werden.

- 88 6. Wir fordern die Bundesregierung auf, schnellstmöglich einen Entwurf zur
89 Aktualisierung des Bundesberggesetzes vorzulegen, der sich an den
90 Notwendigkeiten des Natur- und Klimaschutzes sowie den Grundlagen modernen
91 Planungsrechtes orientiert.